

Zweifel am Bbauungsplan

Grüne kritisieren Vorhaben, auf dem alten Bahnhofsgelände Gewerbe und Wohnen zu entwickeln

mi. Hollenstedt. Wie geht es weiter mit den Grundstücken um den alten Bahnhof in Hollenstedt? Die Fraktion der Grünen spricht sich deutlich gegen einen Bbauungsplan für das Areal aus, der dort Wohnen und Gewerbe vorsieht, stattdessen sollten die Flächen behutsam als grüner Naherholungsraum oder wenn möglich auf der Gleisstrasse als Wanderweg entwickelt werden.

Hintergrund: Das Bahnhofsgelände samt zieht sich schlauchartig von Achtern Schünen bis zur Hauptstraße. Die Gemeinde befindet sich - wie berichtet - seit Jahren mit der Gesellschaft Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser (EVB) in Verhandlung um die Flächen. Bisher scheitert der Kauf am fehlen einer sogenannten Nullbescheinigung. Der Boden auf dem Areal gilt als stark belastet. Um die Schwellen der ehemaligen Trasse frei von Bewuchs zu halten,



Ruth Alpers
Fotos: archiv



Bürgermeister
Jürgen Böhme

wurde dort, als hier noch Züge von Bremervörde nach Buchholz führen, massiv Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt. Die Flächen wurden jetzt laut EVB zwar umfassend saniert, was noch fehlt ist jedoch ein abschließendes Bodengutachten, das den Boden für schadstofffrei befindet. Erst dann kann der Landkreis laut Kreissprecher Bernhard Frosdorfer eine sogenannte Nullbescheinigung ausstellen.

Wenn die Bescheinigung vorliegt, will die Gemeinde das Grundstück erwerben und als Mischfläche für Gewerbe und Wohnen entwickeln. Ein

entsprechender Bbauungsplan liegt schon seit geraumer Zeit abstimmungsreif in den Schubladen der Gemeindeverwaltung.

Die Fraktion der Grünen kritisiert das jedoch. „Selbst wenn eine Nullbescheinigung vorliegt, bleibt eine Bbauung der Fläche problematisch“, sagt Ruth Alpers, Fraktionschefin der Hollenstedter Grünen im Gemeinderat. Sie bezweifelt, dass sich die Flächen gut vermarkten lassen, so Alpers weiter. Denn selbst wenn der Landkreis die Unbedenklichkeit der Flächen attestiere, gäbe es aufgrund der Vorgeschichte des Bodens Einschränkungen. So sei das Bohren von Brunnen in dem Areal verboten. Alpers: „Ich würde hier auch kein Gemüse anpflanzen.“ Eine weitere Einschränkung sei die Nähe der Flächen zu vorhandenen Gewerbebetrieben. Ruth Alpers: „Der Lärm ist so groß, dass für einige Räume im B-Plan Fenster mit Schallschutz und die Installation

einer Raumbelüftungsanlage vorgesehen ist.“

Wegen dieser Einschränkungen haben die Grünen Bedenken, dass sich die Grundstücke zu guten Konditionen veräußern ließen. Ruth Alpers: „Wir befürchten uns eine ‚Altlast‘ anzuladen, die der Gemeinde mehr schadet als nutzt.“ Wenn man die Flächen schon kaufe, dann sollten sie nach Wunsch der Grünen behutsam als naturbelassene Naherholungsflächen entwickelt werden. Ruth Alpers: „Ob sich dafür allerdings der Kauf lohnt, hängt vom Preis ab.“

Bürgermeister Jürgen Böhme (CDU), der seit Langem im Auftrag des Rats die Verhandlungen mit der EVB führt, teilt diese Kritik nicht. „Ich habe immer klargestellt, dass wir die Flächen erst kaufen werden, wenn der Landkreis deren Unbedenklichkeit festgestellt hat.“ Klar sei aber auch, dass man nicht den Haushalt mit einem Flächenankauf belaste, nur um diese im Anschluss brachliegen zu lassen.

Einstimmig gegen die Satzung

Keine Kostenbeteiligung von Anliegern mehr

mi. Hollenstedt. Einstimmig! So lässt sich das Ergebnis der Sitzung des Rats der Gemeinde Hollenstedt am vergangenen Donnerstag zusammenfassen. Bei keinem Thema gab es einen Disens zwischen den Fraktionen.

Und das entschied der Rat einstimmig:

- Die Straßenausbau-Beitragsatzung ist abgeschafft. Die Norm war die Rechtsgrundlage, um bei der Grundsanierung einer Straße die Anwohner - im Extremfall - mit mehr als 70 Prozent der Gesamtkosten zu belasten. Die Gemeinde Hollenstedt hatte die Satzung, laut Bürgermeister Jürgen Böhme, seitdem sie in Kraft ist, erst einmal angewandt. Zukünftig wird die Gemeinde die Kosten bei Sanierungsmaßnahmen zu 100 Prozent aus Steuermitteln tragen. Bürgermeister Jürgen Böhme: „Wir können uns eine Abschaffung der Satzung, die viele Bürger als ungerecht empfinden, leisten.“

- Die Jahresabschlüsse der

Haushaltsjahre 2013 bis 2015 wurden vorgestellt. Der Rat entlastete den Bürgermeister. Außer im Jahr 2013 hatte die Gemeinde in den anderen beiden Jahren sechs- bzw. siebenstellige Überschüsse zu verbuchen.

- Der Rat stimmte auch den außerplanmäßigen Ausgabe für die Sanierung eines Stromkastens zu.

Außerdem informierte Bürgermeister Jürgen Böhme den Rat darüber, dass die Gemeinde ein Konzept für die Gestaltung des Areals zwischen Aldi und Obstwiese entwickle. Ziel solle es sein, sich damit um Gelder aus dem Dorferneuerungsprogramm zu bewerben. Das Programm stellt eine Maximalförderung von 70 Prozent der Kosten in Aussicht. Fraglich ist, wie sich dieses Konzept mit den Plänen der Volksbank vereinbaren lässt, auf dem eigenen Grundstück zwischen Aldi- und Penny-Markt ein großes Wohn- und Geschäftshaus zu errichten.